

er NSP.)
ihre Mit-
% Prozent.
Die Partei
schen. Auch
eine Erfolge.
außen los-

i ä u m.)
ms wurde
Briefe des
die Sänger-
der Jubilar
00 Sänger
vertretenen
Wohnung

Gegen den
sten wendet
in Warnung.
von Wirt-
einem be-
zumlich be-
zu veran-
Tanz mehr

hen Unter-
kassenverein
langjährige
Laufe der
agen. Viele
pflichtungen
antnen, ein
haben. Der
unternahm
ungen und
heit von der
ach anfäng-

ammlung des
(Abbildung von

feierstunde ge-
konf.-Sozial des
ich mitbringen.

zus. & Soz. Kunst

terhaus,
duh Wohnungs-
en. Offiziell. unt.
Erged. ds. Bl.

schlagen!
ed sahnt
ne Hebe,
ere treu-
Mutter,
und Tante

witz

Kinder
bener.
Buchhalle

en, un-
uns Be-
ilnahme
gebracht
herz-
ge ent-

Prell
igen.

me
ind
nk.

on.

Nachrichten für Maunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Aumeishain, Bencha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteine, Klingsa, Köhra, Lindhardt, Pömmen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Maunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheinet wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Umlagen 1.50 Mk., Post ohne Belehrung monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Weiterleitung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die eingepackte Zeitung 20 Pf., einzelne 50 Pf., Reklameblatt (Schild) 50 Pf., Tafel, Schild 50% Bezugsp. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Preisübersicht nicht haftbar.

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Maunhof bei Leipzig, Markt 3

Bernruf: Amt Maunhof Nr. 2

Nummer 36

Donnerstag, den 22. März 1928

39. Jahrgang

Die Schraube ohne Ende.

Wir sind ja jetzt mittler drin in den Kämpfen um die Lohn erhöhung und vorläufig ist ein Ende der Massenfördigung von Tarifverträgen noch gar nicht absehbar. Man hat sich bisher im allgemeinen leidlich geeinigt; und das ist überaus erfreulich. Der bayerische Sozialminister Rößlwald hat nun gerade in den letzten Tagen eine entsprechende Mahnung zu einer solchen friedlichen Einigung veröffentlicht, aber auch gleichzeitig darauf hingewiesen, welche Gefahren in einer Überspannung der Lohnforderungen liegen. Das Wort von der "Schraube ohne Ende" ist ja hierfür schon oft genug gebraucht worden, ist fast abgebraucht, verliert aber dadurch keineswegs an Bedeutung. Der einzige Schöpfer der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, gebrauchte für die in jenem Wort liegende wirtschaftliche Selbstverständlichkeit den Ausdruck vom „ehernen Lohnfests“. Wenn ein Teil der Arbeiterschaft Lohn erhöhungen herbeiführt, so tritt sie keineswegs in den tatsächlichen Vollgenuss des erzielten Mehrlohns, sondern die Preise steigen, aber nicht bloß in jenem Industriezweig, der die Lohn erhöhung tragen muss, sondern auch das allgemeine Preisniveau wird dadurch in die Höhe gedrückt; das führt wieder zu Lohnforderungen auch auf diesen anderen Gebieten der Wirtschaft und so treiben sich Lohn und Preis wechselseitig in die Höhe.

Diese Anschauung ist aber nicht unbedingt richtig, nämlich dann nicht, wenn der Unternehmergegenwart einen Preissatz zwischen Lohn- und Preisgestaltung darzustellen vermag. Eine kleine wirtschaftliche Überlegung: der Endpreis eines Erzeugnisses setzt sich zusammen aus dem Rohstoffpreis, den Kosten der Verarbeitung, dem Lohnfaktor, den auf die Erzeugung gelegten öffentlichen und sonstigen Lasten und schließlich dem Unternehmergegenwart. Nun ist die deutsche Wirtschaft leider in der schlimmen Lage, als rohstoffarmes Land angewiesen zu sein auf die Preise, die ihr die ausländischen Rohstofflieferanten dictieren, so dass hier kaum etwas zu ändern ist. Ebenso wenig lassen sich vor der Wirtschaft aus die östlichen Lasten vermindern, so dass als bewegliche Faktoren nur die eigentlichen Verarbeitungskosten, die Lohnhöhe und der Unternehmergegenwart verbleiben. Niemand wird bestreiten können, dass die deutsche Wirtschaft vor allem in ihren wichtigsten Zweigen auf schwächer und mit Erfolg bemüht war, durch Nationalisierung ihrer Betriebe die Verarbeitungskosten möglichst herunterzudrücken, so dass weitere Einschränkungen kaum noch möglich zu sein scheinen. Bleibt also nur noch die Auseinandersetzung zwischen Lohnhöhe und sogenanntem Unternehmergegenwart, den man auch als Kapitalrente bezeichnen kann. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlangt nun das Kapital eine angemessene Verzinsung, sonst wandert es ab. Diese angemessene Verzinsung ist ja auch die Grundlage zu einer wirtschaftlichen und vor allem in Deutschland unbedingt notwendigen Kapitalneubildung. Und das alles ist abhängig von den Errömmungen im Weltkapital, also in der Hauptrasse unabhangig von deutschem Wunschen, weil wir in diesem Strom mit schwimmen oder untergehen müssen. So bleibt für die Lohnhöhe nur eine geringe Ausdehnungsmöglichkeit, wenn nicht — was leider ja nur allzufast der Fall ist — die Preise der deutschen Erzeugnisse über die des Auslands hinausgetrieben werden sollen. Das geschieht aber, wenn mit Gewalt eine angemessene Lohn erhöhung erzwungen wird. Die unerhörte Passivität unserer Handelsbilanz ist ein sprechender Beweis dafür. Wir sind zu teuer geworden für den Weltmarkt; das macht sich übrigens auch im Inland durch eine zwar allmähliche, aber doch fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten bemerkbar.

Die Kaufkraft des errungenen Mehrlohnes verwirklicht sich also keineswegs in ihrem gesamten Ausmaß; wir wissen aus Erfahrung, wie Preiserhöhungen fast automatisch auf Lohn erhöhungen antworten. Das ist die "Schraube ohne Ende", von der der bayerische Sozialminister spricht und vor der er warnt. Ein klassisches Beispiel für die Nichtigkeit dieses Ausdrucks war nicht zuletzt die Vorgeschichte und der Ursprung des englischen Bergarbeiterstreiks, der ja zu einer schweren Niederlage der Arbeitnehmerseite geführt hat; trotzdem ist dort aber ein wirtschaftlicher Ausgleich immer noch nicht herbeigeführt worden und die Wunden, die er beiden Seiten schlug, bluten noch immer sehr stark.

Im wirtschaftlichen Geschehen, namentlich dann, wenn, wie in der Gegenwart, alles zu einer großen Weltwirtschaft aufs engste verknüpft ist, warten eben ehrne Gesetze, gegen die anzutretenen völlig vergeblich ist und wo nur gilt, was wirtschaftlich, also auch lohnpolitisch möglich, aber längst nicht alles, was wünschenswert ist.

Rußlands Generalschlüsse undurchführbar.

Die Kritik der Mächte.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit den russischen Abrüstungsvorschlägen. zunächst nahmen die Marinie für Italien und Frankreich zu dem sowjetrussischen Entwurf in passicher, aber ablehnender Weise Stellung. Dann sprach in längerer Rede

Vord Gushendum für England.

Er beleuchtete die grundsätzliche Frage der Stellungnahme Sowjetrusslands zum Völkerbund und übte an zahlreichen Artikeln des russischen Abrüstungsentwurfs strenge Kritik

Einsturzfatastrophe einer Förderbrücke

Schweres Unglück bei der Bubiag.

Elf Tote und sieben Verletzte.
Infolge des heftigen Sturmes stürzte die bei der Braunkohlen- und Werkstoffindustrie A.G. (Müdenberg) im Bau befindliche Abraumsförderbrücke zusammen. Elf Verletzte sind dabei umgekommen, weitere sieben wurden verletzt.

Der Sturm hat zunächst das Montagegerüst umgeworfen, wodurch die Eisenkonstruktion mitgerissen wurde. Als die Schwankungen des Gerüstes im Sturm immer stärker wurden, gab der Richtmeister an die Montagearbeiter Anweisung, es zu verlassen. Noch in der Ausführung dieser Anordnung wurden die Leute von dem Einsturz überrascht.

Die Bergungsarbeiten waren bei dem außerordentlich sandigen Gelände infolge des heftigen Sturmes sehr erschwert. Von allen Seiten eilten sofort Grubenarbeiter hinzu, die die Bergungslüchten aus ihrer gefährlichen Lage befreien wollten. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften, darunter Liebenwerda und Lauchhammer, beteiligten sich an dem Rettungswerk.

Der Bau der Förderbrücke.

Auf der Grube Bubiag bei Müdenberg im Kreise Liebenwerda wird im Tagebau Braunkohle gewonnen. Seit mehreren Wochen wird dort durch die Mitteldutsche Stahlwerke A.G., Lauchhammerwerk, eine große Förder-

brücke gebaut. Die Brücke sollte zur Kohlensförderung beim Tagebau dienen und war ungefähr 50 Meter hoch und mehrere 100 Meter lang. Das gewaltige Bauwerk war freistehend konstruiert. Die Brücke war bereits so weit fertiggestellt, dass die Montagearbeiten unmittelbar vor ihrem Abschluss standen. Das große Eisengerüst war sauber auf einer Schienenbahn aufgebaut. Tausende von Tonnen Eisen waren nötig, um den Bau fertigstellen zu können. Etwa fünfzig Arbeiter waren damit beschäftigt, die letzten Arbeiten an dieser Förderbrücke vorzunehmen, als die Katastrophe eintrat. Die Opfer stammten sämtlich aus dem Müdenberger Landen.

Eine Erklärung der Direktion.

Die Direktion der Bubiag in Lauchhammer gibt über Herzgang und Ursache des Unglücksfalls auf der Grube Friedländer folgende Darstellung: Der außerordentlich heftige Sturm hat das dörrige Montagegerüst der in Bau befindlichen Abraumsförderbrücke in der Grube Friedländer der Bubiag eingestürzt, wodurch der geringe Teil der bereits ausgelegten Eisenkonstruktion zusammenbrach. Die Gewalt des Sturmes hat das Unglück trotz aller Vorsichtsmaßregeln herbeigeführt. Das Montagegerüst ist neu verteilt worden, so dass nach menschlicher Vorstellung nichts passieren konnte. Auf Weisung des Richtmeisters waren alle 24 bei der Montage beschäftigten Leute im Begriff, den Bau zu verlassen.

es angeblich abgelehnt, diese in völlig unbewußtem Zustand vorgefundene Turbine einer Dampfprobe zu unterziehen, was ihnen als „Sabotageart“ ausgelegt wurde.

Eine Verhaftung im Anhalt.

Im Anhaltischen Landtag teilte ein Vertreter der Regierung auf eine Anfrage mit, dass die kürzlich bei den Deutschen Soldan-Werke in Bernburg wegen des Verdachts der Handelsespionage zugunsten Russlands erfolgte Verhaftung des Laboranten Meyer aus freiem Erwischen der Staatsanwaltschaft und nicht als Verhaftungsmahnzeichen wegen der Deutschenverhaftungen in Russland erfolgt sei. Weder der Staat noch das Reich hätten dabei irgendwie mitgewirkt. Meyer war im Bezug auf Russland auszuwandern, und hatte sich bereits zahlreiche chemische Rezepte der Solvay-Werke angeeignet.

Deutsch-belgisches Ausgleichsabkommen.

Ein zwischen der deutschen und der belgischen Regierung im Dezember v. J. geschlossenes Abkommen über die Regelung der beiderseitigen kleinen Ausgleichsforderungen ist nunmehr in Kraft gesetzt worden. Durch dieses Abkommen sind im Wege der Pauschalgutschriften etwa 85 Prozent aller noch im deutsch-belgischen Ausgleichsverfahren schwedenden Forderungswerte (rund insgesamt 46 000) mit einem Schlag erledigt worden. Danach kann mit einer Beendigung dieses Verfahrens, dessen Ablaufung bisher im Verhältnis zu dem Ausgleichsverfahren mit den übrigen beteiligten alliierten Staaten am stärksten im Rückstand war, in absehbarer Zeit gerechnet werden.

Britische Stimme für Rheinlandbefreiung.

Die Regierung dagegen.

In der letzten Unterhaussitzung kritisieren bei der Beratung des Armeewortanschlages der Abgeordnete Kenworthy das Verbünden der britischen Belagerungsarmee in Wiesbaden, die vollkommen zwecklos sei. Der Abgeordnete E. C. Hill unterstützte den Antrag Kenworthys und betonte, dass die Anwesenheit der Truppen im besetzten Gebiet den Anschein erwecke, als ob eine Art bewaffneter Friede zwischen England und Deutschland bestehen. Kenworthy hatte gefordert, wenn die Besatzungsarmee nicht ganz zurückgezogen werden könne, so solle sie weiter verkleinert werden. Die ganze Besetzung bringe keinen Nutzen. Sie rufe bei denen, die jetzt auch Mitglieder des Völkerbundes sind, Groß und Verständnis hervor. Sie sei nutzlos als Werkzeug gegen eine Invasion und nutzlos vom politischen und vom allgemeinen Standpunkt aus.

Der Staatssekretär für Krieg, Worthington Evans, erwiderte, dass britische Besatzungsheer sei ein Teil einer internationalen Streitmacht, die auf Grund des Friedensvertrages dort steht. Die Politik seiner Aufrechterhaltung sei eine Frage, die heute nicht erörtert werden könne.

Kenworthys Antrag wurde mit 222 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Der Vormai-Prozeß.

Berlin. Am Vormai-Prozeß wurden die Alabovers und Republik brevetet. Bei der nächsten Sitzung am Sonnabend werden die Angeklagten Gelegenheit erhalten, ihre Schlussworte zu sprechen. Die beiden kommenden Wochen sind der Beratung des Gerichts vorbehalten. Es wird voraussichtlich in jeder Woche nur eine formale Sitzung stattfinden.

Tagung des Landesverbandes der Kleinrentner

in Naunhof am 20. und 21. März.

Zu seiner diesjährigen Landesversammlung wählte der Gesamtvorstand des Landesverbandes der Kleinrentner unter Naunhof als Tagungsort. Die zahlreichen Gäste von auswärts trafen schon am Dienstag ein und vermaßten sich abends im Goldenen Stern, wo die bislge Ortsgruppe einen Begrüßungsabend veranstaltete. Mit einem Säuberquartett, geleitet vom Mitgliedervorsteher Stadtökonom, wurde der Abend eröffnet, worauf Herr Bürgermeister W. Müller herzliche Begrüßungsworte in Namen der Stadt Naunhof an die Gäste richtete. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß man dieses Jahr Naunhof als Tagungsort ausserordentlich habe und hoffte, daß man hier in Naunhof das Los der Rentner ganz besonders begreife. Seine mit dankbarem Beifall aufgenommenen Begrüßungsworte lobte er mit dem Wunsche, daß der Tagung ein voller Erfolg beigebracht sein möge. Die Vorstehende, Frau Voß-Wurzen, dankte für die angenehmen Begrüßungsworte, zumal es nicht überall vorkomme, daß eine Stadt ihre Freude über die Anwesenheit der Rentner zum Ausdruck bringe. Besondersen Dank sprach sie auch der Ortsgruppe Naunhof aus, speziell ihrem Vorsitzenden Herrn Nohle, für alle die vorbereiteten Arbeiten, die hierfür die Aufnahme und nach zulässt für die Ausgestaltung des Begrüßungsabends. In ähnlicher Weise sollte auch der Schriftführer, Herr Spohnemann, den Goliarden große Anerkennung. Es sei das erste Mal, daß man am Vorabend einer Tagung so angenehme Stunden verlebt habe. Der Ortsgruppe Naunhof sei deshalb auch der Dank aller gewünscht; man werde mit der besten Erinnerung an Naunhof scheinen. Die zahlreichen gesanglichen Vorlesungen und Requienzen können infolge des nachfolgenden Berichts über die Tagung an dieser Stelle nur kurz geschildert werden. Hervorgehoben sei das Singspiel „Der Löwe“ des Freiluftschauspiels, der sich zur Verhöhnung des Adelns freundlich zur Verfügung gestellt hatte. Der Verein bewies damit, daß er nicht nur über gute Gesangskräfte verfügt, sondern unter seinen Mitgliedern Theatraliker besteht, die mit ihrem nötlichen Spiel weit über dem sonstigen Geboten stehen. Der Beifall war deshalb ein großer, wie auch bei den übrigen Vorlesungen. So erfreute die Gründung der Schulen Freiberg, die sich mit ihrer lieblichen Stimme hörbar in die Herzen der Zuhörer summe, die originellen Requienzen in plattdeutscher Mundart von Herrn Nohle sowie der Gesang der Herren Günter sen. u. jun. Von herzlichem Eindruck auf die Zuhörer war das von Hr. Wielke gehaltene und von ihr vorgesagte Gedicht „Die Not der Kleinrentner“ — eine Wohnung an die Reichsregierung. Das Gedicht dingen wir am Schlüsse dieses Berichtes zum Abschluß. Hr. Wielke und Herr Busch ließen dann noch mit ihrem Vortrag „Die ehrigen Junggesellen“ die Freiheit zu ihrem Rufe kommen. So nahm der Abend reich an vielseitigen Veranstaltungen einen denkbaren besten Verlauf.

Die Tagung.

Am Mittwoch morgen vermaßten sich die Teilnehmer an der Landesversammlung um 9 Uhr früh im „Goldenem Stern“, diesmal zur ersten Arbeit. Die Tagesordnung wies eine ganze Anzahl Punkte auf, die zu erledigen 7 stündige Beratungs-sauer erforderten. Die Vorstehende, Frau Johanna Voß, eröffnete die Sitzung und sprach ein herzliches Willkommen. Insbesondere begrüßte sie Herrn Bürgermeister Wielke, Herrn Pötzler, den Vertreter der Presse und die Abgeordneten der neu eingetretene Ortsgruppen Dresden und Markranstädt. Vierter Neuentritt ist ein schöner Beweis erfolgreicher Arbeit. Bedauern sprach sich allerdings die Vorstehende darüber aus, daß von 75 Ortsgruppen nur 47 Vertreter entstanden, was keinen Endes auf die trostlose wirtschaftliche Lage der Kleinrentner zurückzuführen sei. Herzliche Gratulationen gaben die Stadt Naunhof für die freundliche Aufnahme und an die Ortsgruppe, die für den nächsten Begrüßungsabend nochmals Anerkennung ausprechend. Zum Gedanken an die im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder erhoben sich die Anwesenden von Ihren Plätzen, wobei die Namen der Verstorbenen verlesen wurden.

Herr Bürgermeister Wielke ergab hierzu das Wort zur nochmaligen Begrüßung und wünschte, daß die Anwesenheit der Kleinrentner aus allen Teilen Sachens die Stadt und den größten Teil der Einwohnerzahl angemessen berührt. Naunhof selbst sei ein typisches Beispiel der Kleinrentner. Früher waren diese eine nomadische Schicht unserer Einwohnerchaft und er habe schon damals diesen Stand als einen kennen gelernt, dessen hohe Eigenschaften Offenherzigkeit und Gerechtigkeit sind. Es sei ein Stand, auf den man sich immer habe verlassen können. Aus diesem Grunde lebt heute allerdings ein Stand der So ge genwart. Über ohne Verhüllung und das läßt ihm die Freiheit bewahren. Die Harmonie zwischen den Rentnern Naunhofs und der Stadt sei bisher immer eine gute gewesen, was besonders Herrs Nohle zu danken ist, der sich keinen Schwierigkeiten heftig widersetzt hat. So wie die Leitung der Ortsgruppe auch die Stadt alles verlust, um das Los der Kleinrentner zu bestimmen. Er verließ der Hoffnung Ausdruck, daß sich dieses gute Einvernehmen weiter erhalten und solch mit dem Wunsche, daß die Versammlung von diesem Erfolg sehr erfreut.

Herr Pötzler dankte zuerst für die freundliche Einladung, der er gern folge geleistet habe. Wenn die Vorstehende hervorhob, daß die Kirche großen Anteil an dem Los der Kleinrentner nimmt, so sei das richtig. Ergelebt sei für ihn gewesen, hier in Naunhof zu leben, wie der Lebensabend so vieler durch die schweren wirtschaftlichen Sorgen ein dunkler ist, erschütternd die Farbe, daß das Erbteil gerissen ist durch offensichtliches Unglück. Wenn er dies sieht, erinnert es ihn immer an das Wort: Recht muß durch Recht diebeln! Die Kirche sei deshalb bemüht, den Schuldberufenen zu helfen, ganz besonders dadurch, immer wieder die Stimme zu erheben, daß die Kirche Gerechtigkeit widerstreite. Er gab die Befreiung, daß die Kirche mit Liebe und gern mit Hilfe, damit es anders werde und wie deutlich in der Natur auch in den Herzen der Kleinrentner Gelingen einzugehen.

Beide Ansprachen fanden großen Beifall und Frau Voß gab ihrer Freude Ausdruck darüber, daß mit Naunhof ein Tagungsort gewählt wurde, wo man Verständnis seitens der Stadtverwaltung und der Kirche für das Los der Rentner entgegenbringe.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab die Vorstehende nachstehenden

Jahresbericht.

Am 31. März vorigen Jahres stand unsere erste Jahresversammlung in Dresden statt. Sie hatte durch an Bedeutung gewonnen, daß sie einen Tag vor der Landesversammlung des Deutschen Rentnerbundes, also gewissermaßen als Auftakt zu dieser gebeten wurde. Dadurch war es uns vergeben, zur Landesversammlung den Vorstehenden und mehrere Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Rentnerbundes als Gäste unter uns zu haben. Daß die vorjährige Landesversammlung in Dresden stattfand, dürfen wir immerhin als einen Erfolg unseres Landesverbandes bezeichnen, denn die lädierten Verhältnisse waren unserer Meinung in überaus großer Zahl gefolgt. Inzwischen liegt ein Jahr, überreich an Arbeit, hinter uns! Der Tod hat leider reiche Ernte unter unseren Führern in den Ortsgruppen gebracht. Neun Ortsgruppenleiter sind beimgegangen und neue Männer an ihre Stelle getreten. Möchten auch sie den Rentnern treue Kämpferinnen sein. Im Sommer legte der 2. Vorstehende des Landesverbandes, Herr Müller-Frederick, sein Amt nieder. Nach Auseinandersetzung mit der Ortsgruppe Greifberg ist er auch aus dieser ausgetreten und hat einen „willigen“ Rentnerverein gegründet. Und im Herbst mußte der bisher erste Schatzmeister, Herr Martin, aus Krankheit sein Amt ganz abgeben, da ihm ein Auerwundboll im Sommer leider keine Genesung gebracht hat. Nachdem der Dresdner Kleinrentnerverein es nicht vermocht, sich uns anzuschließen, haben wir in Dresden vor dem Sommer eine eigene Ortsgruppe gegründet, die künftig im Wohnen begriffen ist. Weiter haben wir eine neue, noch kleine Ortsgruppe in Markranstädt. Trotz unserer Bemühungen steht uns der Blaueiner Rentnerverein noch immer fern. Die Ortsgruppe Goldbach wird sich uns wieder anschließen. Alle bisher uns angekündigten Ortsgruppen sind uns treu geblieben, so können wir mit Genugtuung auf das vergangene Jahr blicken. In 25 Ortsgruppen habe ich Vorläufe gehalten, während Herr Spohnemann ebenfalls in einigen

Gruppen gesprochen hat. Der Gesamtvorstand hat drei Sitzungen abgehalten, außerdem haben auch Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes statt. Weitere habe ich an drei Sitzungen des Hochauswusses im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium teilgenommen. Die Anerkennung als landeswährende Organisation hat sich erstmalig dahin ausgewirkt, daß der Landesverband offiziell eingeladen war zur Schloß-Vorlesung am 1. April.

Wieder habe ich an vier Sitzungen des Ausschusses des Deutschen Rentnerbundes in Berlin teilgenommen, die teilweise erste Auseinandersetzungen brachten.

In Leipzig haben wir eine Versammlung abgehalten, deren Beliebtheit nicht so großlich war. Schluß daran war zu geringe Propaganda. Dafür war die Versammlung umso lärmreicher und hat den Abgrund gezeigt, der zwischen unserem Verband und der Führung der Deutschen Rentner besteht. Dennoch ist die grundlegende Hoffnung, in diesem Jahre auch dort eine Ortsgruppe zu erhalten. In vergangenen Jahren haben wir die Ortsgruppen durch 11 Rundschreiben über das Wissenswerte unterrichtet. Der Briefwechsel hat sich in dieser Zeit immer mehr verbreitert. Beurtheilung in die Reihen der Ortsgruppen droht die eingeschriebenen Briefe des Herrn Böltger, auf die bisher nichts erfolgt ist und auch nicht erfolgen wird. Unter Rat, die Anmahnung des Herrn Böltger mit Schreiben zu beantworten, müssen wir dennoch wohl als richtig anerkennen. Dafür stellen wir mit Zorn und Enttäuschung fest, daß die deutsche Reichsregierung der Rentner wieder im Sitzen gelassen hat und das Rentnerverjüngungsgebot überaupt nicht verhindern will. Aber wen geht's wäre es, wenn wir dadurch irre würden und in die Kampfe möglichst oder gar die Rentnerorganisationen aufstoßen. Die obige rüge der Reichsregierung des Rentnerverjüngungsgebots zwinge die Rentner nicht nur die Organisationen in dieser Form zu erhalten, sondern muß sie antworten, ja mit immer leidenschaftlicher Geiste zu rütteln, neue zu gründen und insbesondere die Angehörigen zur Stärkung der Rentnergruppen aufzulockern.

Doch dies ganz dringend nötig ist, beweist allem die Verjährung der Zahlungsabschluß des Bezirksverjüngungsverbandes Chemnitz und die weiteren damit zusammenhängenden Handlungen. Es sei getroffen auch hierbei darauf hingewiesen, daß es nun nie deutlich zeigen kann, daß die Rentnertragen ne einiges von Parteien, was gleich wie sie lebten mögen, erledigt werden können. Nicht eine Interessenorganisation wird einfach in einer Partei auftreten, aus freien Städten daneben, die Vertreter in allen politischen Parteien durchzuführen, ohne auch nur ein Tropfchen von ihren Organisationen zu opfern. Viel Schaden kann auch in der Rentnerorganisation wachsen, die mehrere Organisationen wächst, bleibt im Krieg und Gewerbeverein. Prüft gewissenhaft! Zeigt dann zur Kasse dort, der nächste kommt! So geht es fort und fort.

Eine Hänschen steht am Waldestrand,

„S gehört einer Großmutter, die dort gut ist bekannt.“

Der Mond am Himmel ist voll aufgezogen,

Gar viele tausend Sterne prangen,

Verklärt auf Gott! Er verläßt die Seinen nicht.“

Großmutter meint, halte die Hände und spricht:

„Herrlicher Vater verläßt uns nicht,

Du siehst die Engel, die so still sitzen am Tisch,

Wie bleich sind die Wangen, die eins waren so frisch,

Hab' nichts mehr zu essen! Seit einigen Tagen

Wir drei müssen am Hungertuch nagen.“

Wie haben wir gearbeitet, mein Mann und ich,

Sparten Pfennig und Groschen und's Geld mehrte sich,

Als müßam zusammen gespart wir hatten das Geld,

Kauften wir das Haus — Garten — Wiese — das Feld.

Wir hatten was Eigenes! Zu Fuß und frommen

Sollten derselbe die Kinder bekommen.“

Der einzige Sohn kam franz aus dem Felde nach Hause,

Vor Jahren trug man ihn auf den Friedhof hinaus.

Die Freigiebigkeit hämmte sich drüber so ab,

Dass man auch sie bald darauf legte ins Grab.

Fünf blühende Engel im Krieg sind gesunken,

Die Zwillinge behielt ich nur noch von den Sieben.“

Das ganze Esparce, schwer war es errungen,

Dies hat der Staat durch Inflation verschlungen.

Was nie im Leben wohl jemals ich hätte gedacht,

Ach! Auch ich hab' den Weg in das Pfandhaus gemacht.

Was nur irgendein entbehrlich, ich trug es dorthin.

Wiederholen? Ich wohl nie in der Lage bin.“

Der Fürsorge ward ich anheim gegeben.

Doch was die zahlt, ist zu wenig zum Leben.

Es fehlt ein bei uns die bitterste Not.

Im ganzen Hauss findet man kein Stückchen Brot.

Jetzt bin ich elend, von Sorgen und Plagen,

Kann nicht mehr arbeiten, muß ganz verzagen.

Seit einiger Zeit, um zu verhindern die Pein

Stelle die Fürsorge, Zahlung der Rente ein.

Ach! Sie wollen mein Leidet! Sie wollen mein Haus!

Als Weihnachtsgabe schickt sie Zahlungsbeziehungen aus.

Heute kam nur der Gerichtsvollzieher zu mir,

Die Arbeiter 20 Pfennig ringen der Rente nach,

Die Arbeitnehmer 10 Pfennig der Rente!

Die Entlassende lauschen Großmutterleins Wort,

Blinden fragend, wie ihr nach dem Fensterplatz dort.

Doch endlich des Mädchens zartes Stimmchen spricht:

„Lieb Großmutterlein, bitte, meine doch nicht,

Gib Brüderlein und mit bitte zu essen,

Du hast dieses heut wohl ganz vergessen?“

„Ich habe nichts mehr! Kann Euch nichts geben,

Wie ißt doch geworden so traurig im Leben,

Allein und verlassen sind wir in der Welt,

Man nahm uns kein Brot! Habe auch kein Geld.

Nicht ein Kümmelein Brot ist im Hause mehr,

Kommt Kinder! Leget zu mir Euch schlafen her.“

Die Kinderlein schlafen, gebettet schön warm.

Das Großmutterlein wacht voll Kummer und Barm.

Sie ringt im Jammer die Hände

„nun bin ich mit meiner Kraft ganz zu Ende,

Weiß vor Kummer und Sorge nicht aus noch ein,

O! Mach' ein Ende Herr Gott unse're Pein.“

Zum Gasbahn geht sie hin, hat ihn aufgedreht,

Den himmlischen Vater sie innig anfließt:

„Vor Vergewaltigung wußt' ich mit keinen andern Rat,

Habe Dir Gebarmen! Verzeih mir die Tat!

Zu schwer wird mir der wiedliche Pilgerlauf,

Nimm uns gnädig zu Dir in den Himmel auf.“

Als aufs Neue erglänzte das Morgenrot —

Waren Großmutterlein und Entlassende tot.

Die drei Leichen trug man zum Friedhof hinaus —

Jetzt bekommt die Fürsorge Großmutterleins Haus. —

Das wird das Auschlaggebende sein, für neue Aufnahme des Kampfes der Kleinrentner um ihr Recht — und Recht muß doch nicht bleiben.

— z.

Die Not der deutschen Kleinrentner

Ein Mahnrat an die deutsche Reichsregierung

von Else Wiel, Naunhof.

Frühmorgens mit dem achten Glöckenschlag
Großnet steht an jedem Wochentage
Des Pfandhauses großes, gewaltiges Tor
Wo viele Menschen schon stehen wartend davor,
Sie kommen herein von fern und nah.
Ach! Wieviel Elend erblickt man da.

Kleinrentner sind meist, denen nichts geblieben,
Sorgen — Räume stehen ihnen im Gefäß geschrieben.
Der Hunger kam zu ihnen als grausiger Gast.
Dann kommen herein herbei alle mit großer Hast.
Und in dem Hause drinnen waltet ein Mann,
Der von der Armutsten Elend erzählt man da.

Wie viele hat er einst im Reichstum gehabt,
Die heute hungrig und frierend vor ihm stehen,
Blanke Körkigkeit wandert in seine Hand,
Die sinkt im Prunk-Salon hält' ihren Stand.
Prüft gewissenhaft! Zeigt dann zur Kasse dort,
Der nächste kommt! So geht es fort und fort.

Ein Hänschen steht am Waldestrand,
S gehört einer Großmutter, die dort gut ist bekannt.
Der Mond am Himmel ist voll aufgezogen,
Gar viele tausend Sterne prangen,
Verklärt auf Gott! Er verläßt die Seinen nicht.“

Großmutter meint, halte die Hände und spricht:
„Herrlicher Vater verläßt uns nicht,
Du siehst die Engel, die so still sitzen am Tisch,
Wie bleich sind die Wangen, die eins waren so frisch,
Hab' nichts mehr zu essen! Seit einigen Tagen

Wir drei müssen am Hungertuch nagen.“

Wie haben wir gearbeitet,

Klagen der Hotelbesitzer.

Ein Hotelhochbau in Leipzig geplant. Die öffentlichen Verhandlungen des Sächsischen Hotelbesitzerverbandes wurden im Dresdener Hotel Bristol durch den 1. Vorsitzenden Preller-Leipzig eröffnet. Das abgelaufene Jahr — so führte er aus — stand im Zeichen der Wiederaufbauung der Wirtschaft, es brachte auch eine Besserung der Lage des Hotelgewerbes.

Nachdem eine Reihe von Begrüßungsansprachen gehalten worden war, eröffnete Dr. Senf, der Sonditus des Verbandes, den Tätigkeitsbericht. Für das Hotel- und Gaststättengewerbe war die 1927 eingetretene Besserung der Lage noch nicht von der gleichen Stärke wie für die meisten übrigen Wirtschaftszweige. Immerhin haben sich Frequenz und Umsatz erhöht, doch konnten diese Momente infolge

Steigerung der Steuerbelastung und der Lohnosten sich nicht befriedigend auswirken, und die Lage des Hotel- und Gaststättengewerbes bleibt noch wie vor schwierig. Durchweg ungünstig ist die Lage der Saisonbetriebe geblieben. Trotz äußerlich besseren Geschäftsganges war auch im Jahre 1927 die Erzielung von Einnahmen unmöglich und der Prozeß der stillen Sozialisierung macht weitere Fortschritte. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandes lag auf steuerpolitischen Gebieten. Um das Vorprojekt gemeindlicher Getränkesteuern ab 1. April 1927 wurde ein heftiger Kampf mit dem Deutschen Städteitag geführt, der mit der Aufhebung der Wein-, Schaumwein- und Brannweinsteuern endigte. Seit kurzem ist ein neuer Kampf gegen die Aktion des Deutschen Städtetags zur Wiedereinführung der Gemeindegetränkesteuern im Gange. Gegen den Steuervereinheitlichungsentwurf wurde mehrfach Stellung genommen. Durch genaue Erhebungen wurde festgestellt, daß die Bestimmungen des Entwurfs zu einer starken Erhöhung der Belastung führen würden, so z. B. bei der Gewerbesteuer auf das Doppelte bis Dreifache der bisherigen Belastung. Entschieden wird kämpft wird vom Verband die Beleidigung bezügl.

Mitwirkung des öffentlichen Hand bei Hotelneubauten. Bei dem Hotelbauprojekt in Chemnitz besteht die Mitwirkung in der Vergabe zweier hochwertiger Plätze zu unterwertigen Preisen, in der Staatsvertragsübernahme für einen Hotel- und einen Vollhördausbau in halber Höhe der Bausumme und in der Übernahme eines Anteils von zweimal 50 000 Mark. Allein aus der Vergabe der Plätze ergibt sich ein Verlust auf Vermietung von 75 000 bis 125 000 Mark jährlich, welcher als indirekter städtischer Zuschuß zu dem Hotelunternehmen zu betrachten ist. Bei dem in Leipzig betriebenen Projekt eines

1000bettenigen Hochståndhotels

ist ebenfalls eine Mitwirkung des öffentlichen Hand geplant. Das Projekt ist zur Befestigung der Unterlufthöchstwerteiten der Nachstrecken in Hotels ungeeignet, weil zur Messe 1000 Betten mehr noch nicht einen Trocken auf einen hohen Stein bedeuten und die Unterbringung eines nur wenige Tage im Jahre austretenden Massenverkehrs in Hotels überhaupt eine Unmöglichkeit ist und weil bei der bestimmt kommenden Eröffnung des Hochståndhotels auch außerhalb der Messe sofort ein enttäuschender Betrieb auf anderer Stelle eintreten würde, weil die Leipziger Hotels heute schon die schlechteste Frequenz unter den deutschen Großstädten aufweisen. Der Verband tritt entschieden gegen die Verwendung von Mitteln der Steuerzahler zur Förderung derart risikofreier und unwirtschaftlicher Unternehmungen ein. Gleichzeitig bekämpft er die steuerliche Förderung der Erholungsheime, die in Wirklichkeit nicht gemeinsam sind, sondern vielfach der gleichen Rundschau dienen wie private Saisonbetriebe.

Es wurden sodann zwei Entschließungen gegen die überhandnehmende Tätigkeit des öffentlichen Hand im Hotelgewerbe und für eine grundlegende Umgestaltung des Steuervereinheitlichungsgesetzes angenommen.

Nach weiteren Referaten des Reichstagabgeordneten Wehle (Wirtschaftspartei) über wirtschaftspolitische Beobachtungen, des Studienrates Villareit-Heidelberg über das Führerproblem im Hotelgewerbe und des Reichstagabgeordneten Brodaus (Dem.) schloß der Vorsitzende die Tagung.

Die Entlöhnung der Gemeindearbeiter.

Vom Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden wird mitgeteilt: Am 16. März 1928 haben im Neuen Rathaus zu Dresden Verhandlungen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter über eine Erhöhung der gegenwärtigen, am 31. März 1928 ablaufenden Tarifstufen der sächsischen Gemeindearbeiter stattgefunden. Die Arbeiterschaft hat eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig arbeitstäglich und eine Verringerung der gegenwärtig bestehenden Spannung zwischen den Lönen der gelernten zu den Lönen der an gelernten und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden hat hierzu der Gegenseite nach längeren Verhandlungen erklärt, daß auch er zwar die Notwendigkeit einer angemessenen Lohnnerhöhung anerkenne. Die Förderung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehe aber über den Rahmen des An gemessenen so weit hinaus, daß es dem Vorstand nicht möglich sei, ein Angebot zu machen, das auf Annahme durch die Gegenseite rechnen könne. Der Vorstand halte deshalb mit Bedauern weitere Verhandlungen für aussichtslos und beantrage die Verweisung der Frage an die Bezirkschiedsstelle.

Die anwesenden Vertreter der Arbeiterschaft erklärten hierauf, daß sie an die Beflüsse der Landes tarifkommission gebunden seien, die eine Lohnnerhöhung um 20 Pfennig arbeitstäglich für angemessen halte. Eine Funktionärerversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sei inzwischen für den 24. März d. J. einberufen worden.

Es wurde hierauf unter beiderseitiger Zustimmung vereinbart, die Tarifverhandlungen auf den 29. März d. J. zu verlängern. Eine solche Verlängerung erschien schon aus dem Grunde zweckmäßig, weil auch die am 15. März 1928 abgehaltene Verhandlung mit dem Staate über eine Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne zu einer Verlängerung geführt haben.

Hüttenchiedsspruch rechtsgültig.

In dem Streit um die Rechts Gültigkeit des Schiedsspruchs in der sächsischen Hüttenindustrie vom 29. Dezember d. J. hat das Landesarbeitsgericht Dresden nunmehr seine Entscheidung gefällt. Das Urteil des Arbeitsgerichts Dresden, das bestimmt den Schiedsspruch für rechtsgültig erklärt hat, wird aufgegeben. Das Landesarbeitsgericht gibt der Berufung des Beklagten, des Verbandes der Metallindustriellen, gegen den Spruch des Arbeitsgerichts statt und erklärt, nach der einstweilen nur vorliegenden Begründung, daß der Schiedsspruch auch durch die von Arbeitnehmern seitens angefochtene Regelung der Sonntagsarbeit nicht rechtsgültig ist. Über die umstrittene Frage der neunten Arbeitsstunde sagt die mündliche Begründung noch nichts. Die umfangreiche schriftliche Begründung wird den Parteien erst in den nächsten Tagen zugestellt werden.

Hindenburg an Sachsen Industrie.

Reichspräsident Hindenburg sandte an den Verband Sächsischer Industrieller folgendes Dankesbrief: „Den in Dresden versammelten Mitgliedern des Verbandes Sächsischer Industrieller sage ich herzlichen Dank für das freundliche Meingedenken bei der Tagung. Ihr Gelobnis, an dem Werke des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft verständnisvoller Helfer zu sein, nehme ich in voller Würdigung der Bedeutung der Mitarbeit der Industrie am Wiederaufbau des Vaterlandes mit Befriedigung gern entgegen.“

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 22. März 1928.

Werblatt für den 22. März.

Sonnenaufgang	5 ¹⁵	Mondaufgang	7 ¹⁵
Sonnenuntergang	18 ¹⁵	Monduntergang	20 ¹⁵
1819 Der Dichter August von Goethe in Mannheim ermordet.			

1819 Der Dichter August von Goethe in Mannheim ermordet.

Erleichterungen im Straßenverkehr. In den nächsten Tagen ist die Veröffentlichung einer neuen Verordnung des Reichsverkehrsministers zu erwarten, die gewisse Anänderungen und Erleichterungen für den Straßenverkehr mit sich bringen wird. Der Kreis der Kleinststraßen, zu deren Führung es bekanntlich keines Führerscheins bedarf, wurde erheblich erweitert, und zwar haben in Zukunft alle Straßen mit einem Zylinderinhalt (Hubraum) bis zu 200 Kubikzentimeter als Kleinststraßen zu gelten. In nicht unbedeutendem Umfang sollen nunmehr auch gewisse dreirädrige Fahrzeuge, die bisher als Kraftwagen galten und deren Führer eines Führerscheins nach Klasse II bedurften, als Straßenstraßen angesehen werden. Ihre Führer brauchen daher nur noch im Beisein eines Führerscheins nach Klasse I zu sein. In der Verordnung ist nämlich das zulässige Eigengewicht der Straßenstraßen auf 350 Kilogramm heraufgesetzt worden. Soweit sich die bisherige Einteilung für Fahrzeuge verschoben hat, sind Übergangsfristen und die kostenlose Erweiterung der Führerscheine auf die neue Klasse vorgesehen. Die Änderungen stehen im übrigen im Zusammenhang mit der vom Reichstag beschlossenen Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer.

Naunhof. Bis den in den heutigen Arbeitsschichten angekündigten Konkurrenzschmittag am nächsten Sonntag wird auch an dieser Stelle dingenwiesen. Die Vorortstafel ist eine sehr reizvolle.

All Kreise sind herzlich zu dieser Feier willkommen.

Naunhof. Schuh des Kirchenvorstandes zu Naunhof am 19.

März 1928 abends 1/2 Uhr im Pfarrsaal des Pfarramtes.

2 Mitglieder fehlen entwidrig. 1. Herr Pfarrer Hugo Schmidt

wird zum Mitglied der Kirchengemeindevertretung berufen. 2. Der Entwurf des Vertrags bzgl. Übertragung der Tolendetstaltung — Siedlung des Leichenwagens und Friedhofsdienst — wird gutgeheissen.

Der Vertrag soll baldigst in der vorliegenden Fassung mit Herrn Pfarrer Schmidt vollzogen werden. 3. Die Anwendung und Verpflichtung der neu gewählten und -erwählten Mitglieder der Kirchengemeindevertretung soll im Gottesdienst des 25. März stattfinden.

Die kontinuierliche Sitzung der neuen Kirchengemeindevertretung soll

Montag, den 2. April, abends 1/2 Uhr öffentlich stattfinden. 4. Zur Erledigung der Expeditionsarbeiten und Führung der Kirchenschule soll eine Dame angestellt werden, der zuletzt auch die Ausarbeitung der noch vorhandenen Rückstände der Pfarramtsexpedition obliegen soll. Die Schule soll demnächst zur öffentlichen Ausübung freigegeben.

5. Eine erledigte Kirchenküche zur Förderung der Volksmusik am Sonntag Jubilate abgelehnt, da zurzeit sehr wichtige Angelegenheiten der eigenen Kirchengemeinde durch freiwillige Opfer zu überdecken sind. 6. Zur Aufbewahrung der Mitarbeiterkleidung soll ein entsprechender Schrank hergestellt werden. Ein Mitglied des Kirchenvorstandes erklärt sich in dankenswerter Weise zur kostenlosen Herstellung bereit. 7. Mehrere rückständige Zahlungen sollen zu umgehender Erfüllung angemahnt werden. 8. Bekanntmachung mehrerer Gottesdienstregelungen. 9. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes werden zur Posaons-Festlaufe, Sonnabend den 22. März, abends 8 Uhr, gelegentlich der Weihe des neuen Harmoniums, sowie zu dem Sonntag Jubilate nachmittags 1/4 Uhr im Saale des Goldenen Sterns, stattfindenden Konfirmanden-Nachmittag besonders eingeladen. Die Kosten des Konfirmanden-Nachmittags werden, soweit sie nicht durch Tellerabfindung gedeckt werden, auf die Kirchenschule übernommen.

Pomßen. Am Dienstag, den 20. März, vormittags 9 Uhr wurden

in dieser Schule 8 Knaben und 8 Mädchen, die ihrer geselligen Schulspiel genügt haben, feierlich entlassen. Wie in den Vorjahren hatten sie auch diesmal wieder viele Erwachsene, besonders die Eltern der zu Entlassenden zu dieser ersten Feier eingefunden. Das mit Guirlanden und Blattspangen festlich geschmückte Schulzimmer gab der Stunde ein besonders feierliches Gepräge. Die Abschiedsworte des Klosterschreibers, denen die Wohnung „Bleibt treu den Kinderzetteln! Bleibt treu dem Elternhaus!“ zu Grunde lagen, wurden umrahmt von Scheidegrüßen der abgehenden und zurückbleibenden Schüler. Mit den Freuden erhielten die Schreiber zur Erinnerung an ihre Schulzeit eine Kunstuhrsgabe „Der Sonntag“ von Ludwig Richter ausgebändigt.

Meerane. (Arbeiterentlassungen.) Infolge des augenblicklich schlechten Geschäftsganges in der Textilindustrie sind hier wieder zahlreiche Arbeitserlassungen erfolgt, die bei einzelnen Firmen bis 75 betragen.

Dresden. (Um den Haushalt erant zu erhalten an der Miete.) Der Interstaatliche Ausschuß des Landtages beschäftigte sich in einer längeren Sitzung mit dem vom Finanzminister unterbreiteten Vorschlag zur Aufbringung höherer Mietanteile an die Haushälter. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden. Voraussichtlich wird sich der Ausschuß demnächst mit der Angelegenheit weiter beschäftigen.

Dresden. (Todesfall.) Kurz vor Vollendung

seines 83. Lebensjahrs starb der Zivilingenieur Richard Hartwig in Dresden. Er gehörte von 1893 bis 1900 dem Stadtverordnetenkollegium und von 1900 bis 1902 dem Rat zu Dresden als Mitglied an. Er war Ehrenvorsitzender der Dresdener Lieberts, Ehrenmitglied des Sächsischen Ingenieur- und Architektenvereins und des Gewerbedreis zu Dresden sowie Altmeister der Loge zum Goldenen Apfel.

Dresden. (Das Brot wird wieder teurer.)

In Dresden betragen die Brotpreise ab 21. März für 1. Sorte 4 Pfund 86 Pfennig, 2. Sorte 4 Pfund 80 Pf.

Chemnitz. (Die Geschäftslage im Chemnitzer Bezirk.)

In dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht der Chemnitzer Girobant wird hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftslage im Chemnitzer Bezirk im vergangenen Jahr gesagt, daß durchweg von einem recht befriedigenden Geschäftsgang gesprochen werden kann.

Besonders die Textilbranche hatte eine günstige Konjunktur.

Spinnerei, Weberei und Färbereien waren gut beschäftigt und in der Maschinen- und Metall-

Industrie besser als die Lage fortgeschritten.

Der Geschäftsumfang im Groß- und Kleinhandel hat sich gegenüber 1926 sehr beachtlich belebt.

Im gegenwärtigen Augenblick sind Industrie und Gewerbe im Chemnitzer Bezirk noch befriedigend beschäftigt.

Chemnitz. (Demokratische Reichstagskandidaten.) Auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Demokratischen Partei des dritten sächsischen Reichstagwahlkreises wurden die Kandidaten für die bevorstehende Reichstagwahl aufgestellt. An der Spitze steht Reichstagabgeordneter Brodaus, Landtagsabgeordneter Frau Dr. Ulrich-Beil, Fabrikdirektor Ende's-Plaue und Dr. med. Th. J. Zwischau.

Ramenz. (Im Steinbruch verunglückt.) Im Sparmannschen Steinbruch „Luise“ in Hänsel wurde kurz vor Schluss der Arbeitszeit der Steinarbeiter Arthur Kreische aus Schwosdorf von einem herabrollenden Stein so unglücklich getroffen, daß sein Tod auf der Stelle eintrat. Der Arbeiter Arno Biesche aus Niederlichtenau erlitt sehr schwere Verletzungen, die seine Überführung nach dem Krankenhaus nötig machten.

Olbernhau. (100-Jahr-Feier der Schuhgesellschaft.) Die hiesige Schuhgesellschaft kann dieses Jahr auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Gedanken soll in den Tagen vom 5. bis 12. August durch ein großzügig angelegtes Jubiläumsfest gefeiert werden, bei dem außer dem üblichen Preis- und Königsbogenschießen an drei Tagen Kinderfestzüge für die Kinder aus Olbernhau und aus allen Orten der Nachbarschaft stattfinden sollen. Ferner am Eröffnungs- sonntag ein großer historischer Festzug. Zu den Jubiläumsfeierlichkeiten werden Gäste von vielen sächsischen Brudervereinen des Wettinschuhverbundes erwartet.

Rath und Fern.

○ Mordversuch an Frau und Kind. Der 53jährige Schlossmeister Jänsch in Jülichau, der sich in mittleren Verhältnissen befindet, lebt seit Jahren mit seiner 45jährigen Frau in Streitigkeiten. Als er mit ihr wieder eine heftige Auseinandersetzung hatte, die in Tätschleien ausartete, zog Jänsch, als der 20jährige Sohn Max der Mutter beistehen wollte, einen Revolver und gab zwei Schüsse ab, von denen einer die Frau am Unterleib, der zweite den Sohn an der Zunge schwer verletzte. Der Täter wurde verhaftet und ist geständig. Die Schwestern wurden in das städtische Krankenhaus gebracht. Es ist fraglich, ob sie mit dem Leben davongekommen werden.

○ Ausgerechnet — Riesenschlange. Als man in Kassel eine Sendung westländischer Bananen ausübte, kroch zum Schaden der Arbeiter aus einer Bananentrübe eine ziemlich große Riesenschlange heraus. Nach mehrstündiger Jagd wurde sie schließlich lebend gefangen.

○ Solidarität unter dem Landvolk. Vom Finanzamt in Nimptsch (Schlesien) war eine Besteigung von Kühen, Schweinen und Räubern angezeigt, die Kleinbauern wegen rückständiger Steuern gepfändet worden waren. So mancher Kleinbauer hatte seine letzte Kuh zum Tieren bringen müssen. Obwohl 200 Bauern anwesend waren, wurde kein Gebot gemacht, da niemand auf Kosten der Mutter seiner Milchbauern ein Stück Vieh billig erwerben wollte.

○ Lawinenunglück im Niedengebirge. Am Südwesthang des kleinen Teichs bei Krummhübel ging eine große Lawine nieder. Zwei Skiläufer, die sich auf einer Tour befanden, und zwar ein etwa 35 Jahre alter Günther und sein 18jähriger Neffe gleichen Namens aus Erdmannsdorf im Niedengebirge, sind unbewußt auf der Schneefläche gefahren, die plötzlich abbrach und in den kleinen Teich stürzte. Während der ältere Günther auf der Lawine bergab rutschte, wurde der jüngere Günther von den Schneemassen verschüttet. Etwa 100 Männer haben sich an dem Rettungswert beteiligt, konnten den Verschütteten jedoch bisher nicht retten.

○ Fallschirmsprung vom Eiffelturm. Ein 35 Jahre alter Mann sprang mit einem Fallschirm von der Spitze des Eiffelturmes (Paris) ab. Da der Schirm sich nicht öffnete, stürzte der fallschirmspringende Springer auf den Boden. Er erlag bald darauf seinen schweren Verletzungen.

○ Das Juwel im Magen des Fisches. Als sich ein Fischer im französischen Ort Tourcoing einem besonders großen Fisch aus seinem Fang zum Abendbrot zubereitete, fand er im Magen des Fisches einen großen Saphir, dessen Wert man auf etwa 4000 Mark schätzt.

○ Den Sohn erschossen. In Lagny tötete ein Vater von sieben Kindern einen seiner Söhne durch einen Revolverschuß, weil ihn dieser in einem Wortwechsel mit „Bliden bedrohte“. Ausgangspunkt des Streites war der Umstand, daß der Sohn sich wider den Willen des Vaters verheiraten wollte.

○ „Unromantische“ Kriegsführung. Das afghanische Königspaar wohnte in Lulworth (England) einem zentralen Tanzsaal bei, an dem zahlreiche der modernsten Tänze teilnahmen. Nach Abschluß der Vorführung erklärte der König, er habe niemals etwas ähnlich Schreckenerregendes gesehen. Die weibliche Kriegsführung sei unromantisch und furchterlich.

○ Feuer im Zuchthause Sing-Sing. Das Innere der Matrikensfabrik des Zuchthauses Sing-Sing (Amerika) wurde durch Feuer zerstört. Drei Zuchthäuser wurden bei der Bekämpfung des Brandes vom Rauch betäubt. Obwohl 200 Zuchthäuser außerhalb der Zuchthausmau

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof

Nummer 36

Donnerstag, den 22. März 1928

39. Jahrgang

Das Programm der Alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Parteivorstand der A. S. P. D. veröffentlicht den Entwurf des Parteidokuments, der den Parteigenossen zur Stellungnahme unterbreitet wird. Es heißt darin u. a.: Die Einstellung der A. S. P. D. zum Staat liege jenseits aller taktischen Zweckmäßigkeitserwägungen; aus Grundsatz und Gesinnung diene sie dem Staat, sei sie bereit, sich dem Gebot der staatlichen Notwendigkeiten bedingungslos zu unterwerfen. In ihr finde jene bedeutungsvolle Wendung ihren Ausdruck, die sich innerhalb der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig vollziehe und deren Inhalt sei, vom Staatsverneindenden Standpunkt der Vergangenheit zum Standpunkt

vorbehaltloser Staatsbejahung

zu führen. Da die A. S. P. D. eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erstrebe, die zum Wohl der Gesamtheit planmäßig aufgebaut werde, sei sie eine sozialistische Partei. Ihre sozialistische Grundhaltung sei die Ergänzung und Bewahrung ihrer Staatsgesinnung; ihr Standpunkt sei der eines aus höchste gesteigerten sozialen und nationalen Verantwortungsbewußtseins.

Der soziale Aufstieg und Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft finde seine Erfüllung nur soweit, als Deutschland wieder seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückgewinne; er müsse sich also, um erfolgreich sein zu können, mit dem nationalen Unabhängigkeitsstreben des ganzen Volkes verschmelzen. Die A. S. P. D. sei für wahrscheintliche Bölkerverständigung. Die deutschen Lebensbedürfnisse, die bestrebt seien mühten, bevor ein friedliches Einvernehmen der Völker von Bestand sein könne, seien Auferkraftschaffung des Verstaatlichten Vertrages, Befestigung der dem deutschen Volke durch aufgezwungenen Schulspruch auferlegten Lasten, Durchführung der Abrüstung aller Länder bis auf den Stand der deutschen Rüstung.

Revision der Landesgrenzen,

Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien und die Vereinigung Österreichs mit Deutschland. Der Staatsgesinnung der A. S. P. D. entspreche es, daß sie allen Einrichtungen und Maßnahmen zustimme, die geeignet seien, die Machtausübung und das Ansehen des Staates nach außen und seine Festigung im Innern zu fördern. Demgemäß wolle die Partei Pflege eines starken Reichsgefühls, Überwindung des Partikularismus, Erziehung des Volkes zur Wahrscheintlichkeit und Pflege eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Volk und Reichswehr.

Die Form der sozialen Auseinandersetzungen müsse bestimmt sein durch das alle Schichten verpflichtende Gewichtsstein, dem gleichen Staat und dem gleichen Volk anzugehören.

Für das Reichsschulgesetz.

Rundgebung der Synode.

In der Schlussitzung der diesjährigen Tagung der Evangelisch-Lutherischen Landessynode wurde auf Antrag des Ausschusses für Bildungsfragen einstimmig beschlossen, sich mit folgender Kundgebung an das evangelische Volk zu wenden:

Das Schicksal des Reichsschulgesetzes bedeutet für die Evangelisch-Lutherische Landessynode im Freistaat Sachsen wie für die überwiegende Mehrheit unseres ganzen Volkes eine tiefe Enttäuschung. Das durch die Reichsverfassung verbürgte Recht auf die evangelisch-lutherische Bekennerschule ist so abermals gehemmt.

Unter dem Eindruck dieser ersten Tatsachen wendet sich die Synode in Übereinstimmung mit der Kundgebung

des Landeskirchhofs und des Landeskonsistoriums erneut an unser evangelisches Volk.

Sie dankt allen den Eltern und Lehrern, die sich treu und hingebend mühen, unsere Jugend in wahrhaft christlichem Geiste zu erziehen.

Sie bittet alle, die sich für die Zukunft unseres Volkes mitverantwortlich fühlen, um eine christliche Unterweisung unserer Jugend nach dem Bekennnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche in Haus und Schule mit erhöhtem Ernst zu ringen.

Sie hält fest an der Forderung, daß unserem evangelischen Volke wieder Schulen gegeben werden, die erfüllt sind vom Geiste echter evangelischen Glaubens und Lebens, und erwartet von allen Mitgliedern unserer Landeskirche, daß sie dieses Ziel auch durch persönliches Eintreten mit allen gesetzlichen Mitteln erstreben.

Zuvor begründete der Vorsitzende des Ausschusses für Bildungsfragen, Professor Dr. Dr. Grenzels, Leipzig, den Antrag eingehend. Präsident Graf Viethum von Eckstädt wies auf die Notwendigkeit weitester Verbreitung dieser Kundgebung hin. Der Präsident des Landeskonsistoriums, Dr. Seehan, gab seiner Zustimmung zu der Kundgebung Ausdruck und versicherte, daß das Konsistorium dem Wunsche der Synode nachkommen werde. Nach Worten des Dankes an die Gemeinde der Kreuzkirche für die Zurverfügungstellung des Vertragsraumes und an die Mitglieder und den Vorstand der Synode für ihre Mitarbeit erklärte der Präsident die diesjährige Tagung der Synode für geschlossen.

Mit einem feierlichen Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Domkirche, bei dem Oberkirchenrat Superintendent Dr. Müller-Zwickau die Predigt und Landesbischof Dr. Jähnrichs Beichte und Abendmahl hielt, sandte die Synodaltagung ihren Abschluß.

Verschärfung am Arbeitsmarkt.

Bericht des Landesarbeitsamtes.

Das Landesarbeitsamt berichtet über die Arbeitsmarktlage: Die Frostwetterperiode der vergangenen Woche hat zu erheblichen Anstauungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in der Stein- und Ziegelindustrie und im Gartenbau hat das Angebot an Arbeitskräften wieder zugenommen oder doch wenigstens nicht weiter abgenommen. Selbst in der Landwirtschaft hat die bisher so dringende Nachfrage nach Arbeitskräften eine Abschwächung erfahren, wozu zum Teil auch die vom Landesarbeitsamt aufgenommene Ausführung auswärtiger Arbeitskräfte beigetragen haben mag.

In der Metallindustrie blieb die Arbeitsmarktlage im allgemeinen fest, ebenso auch in den meisten Teilen der Textilindustrie. Die in einigen Webereibezirken eingetretene Depression hält jedoch ebenfalls noch an. Die Holzindustrie und Teile der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, so z. B. die Süßwaren- und Zigarettenherstellung, liegen im Beschäftigungsgrade nach, während andererseits Teile des Bekleidungsgewerbes und des graphischen Gewerbes eine weitere Steigerung der Nachfrage erkennen lassen. Der Arbeitsmarkt der unzulänglichen Betriebe litt ebenfalls sichtbar unter den Frostwetterstudien der Außenberufe.

nur die Nachfrage nach jugendlichen Hilfskräften

hielt stark an.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der ersten Hälfte des Monats März in mehreren Bezirken etwas angestiegen. Für die Gesamtsurteilung der Arbeitsmarktlage dürfen jedoch die Stichtagzählungen der Erwerbslosigkeit nur mit Vorsicht Verwendung finden, solange die Beschäftigungsfrage der Salzberufe noch so starken und plötzlichen Schwankungen ausgezeigt ist wie

gegenwärtig. Entscheidend bleibt die Tendenz der Bewegung in den übrigen Berufsgruppen, die zwar entsprechend der labilen Konjunkturlage örtlich oder branchenmäßig Schwankungen zeigt, aber das Gesamtverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nahezu unverändert läßt. Hier und da beginnt man Wirkungen der Nationalisierung zu spüren, die bislang von dem allgemeinen Anstieg des Bedarfs an Arbeitskräften verdeckt worden waren.

Aus den Geschäftsberichten der Industrie gewinnt man den Eindruck, daß der Produktionssteigerung des Jahres 1927 eine entsprechende Steigerung des Bedarfs an menschlicher Arbeitskraft nicht nachgeht ist. Nicht überall freilich sind die Arbeitsmarktwirkungen so radikal wie in der sächsischen Tafelfabrikindustrie, die durch die Ausdehnung der Maschinenglasherstellung völlig zum Erliegen gekommen ist und deren Arbeitskräfte zum größten Teil umgestellt werden müssen.

Tagungen in Sachsen.

Kleinhandelsitag in Annaberg.

Die diesjährige Kleinhandelsitag findet vom 20. Juni bis 2. Juli in Annaberg statt. Es werden die Reichstagabgeordneten Senator a. D. Seythien und Generaldirektor Voermann sprechen.

Achter sächsischer Mietertag.

In Frankenberg fand unter starker Teilnahme von Vertretern von 110 sächsischen Mietervereinen der Acht. ordentliche sächsische Mietertag statt. Baumeister Seidler-Dresden sprach über den Wohnungsbau 1928. Er verurteilte, daß auch in diesem bereits vorgeschrittenen Jahre noch kein Bauprogramm vorliege und daß über die Verteilung der Mietzinsteuer noch völlige Unklarheit herrsche. Es wurde beschlossen, in Sachsen für die kommenden Reichstage Wahl zu einer eigenen Mietervertreter anzustellen.

Dafür soll aber den politischen Parteien, die sich für die Erhaltung des Mieterbutes eingesetzt haben, willsame Unterstützung zuteil werden. In den Vorstand wurden gewählt: Hermann-Dresden, 1. Vorsitzender, Rechtsanwalt Groß, 2. Vorsitzender, Baumeister Seidler-Dresden, Professor Heinrich-Pirna, Landtagsabgeordneter Geiser-Dresden, Bürgermeister Schubert-Berga-Hübel. Als nächster Tagungsort wurde Dresden bestimmt. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Der Verbandsstag stellt fest, daß die von den Mieterorganisationen vorausgelegten verhängnisvollen Folgen der Pöderinger Verordnung vom 6. April 1927 in vollem Umfang eingeräumt sind. Die sächsische Regierung hat die Gewerberaummieter der Ausbeutung durch die Vermietshausbesitzer preisgegeben. Sie hat mit ihren voreiligen Maßnahmen die Geschäftswelt, ihre Angestellten und Arbeitnehmer in ihren Existenzbedingungen auf das äußerste beunruhigt und gefährdet. Angesichts der gefahrvollen Lage, in der sich die Verrosteten befinden, fordert der Verbandsstag den sofortigen völligen Widerruf nach § 13 der Verordnung. Der Verbandsstag weist die immer weitergehenden Ansprüche der Hausbesitzer auf weitere Erhöhung ihres Anteils an der gesetzlichen Miete mit aller Entschiedenheit zurück. Der jetzige Anteil von 60 Prozent der Mietensumme reicht völlig zur Deckung der Auswertungshypotheken aus. Es ist auch nicht wahr, daß in den geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Forderungen der Hausbesitzer eine Stütze finden. Außerdem bedeutet jede Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der gesetzlichen Miete für alle von der Mietzinsteuer befreiten Mieter, und das sind gerade die unbemittelten Bevölkerungsschichten, eine unmittelbare Mietzinsteigerung. Der Verbandsstag fordert von Regierung und Landtag die unbedingte Ablehnung jeder weiteren Erhöhung des Hausbesitzeranteils. Sollten lärmende Kunden gebundenen des Hausbesitzes, wie sie z. B. in Leipzig, Freiberg und Meißen festgestellt haben, Erfolge zeitigen, so wird der Landesverbandsvorstand beauftragt, Abwehrmaßnahmen in großem Umfang vorzubereiten. Die Verantwortung für etwaige Unzuträglichkeiten haben die zu tragen, die erst Anlaß zu solchen Maßnahmen gegeben haben.



(42. Fortsetzung.)

Aus seinen Gedanken erwachte ihn ein Geräusch an der Tür. Als er aufblickte, bemerkte er gerade gegenüber unter der Hausrückwand ein sichtbares Loch, durch das zwei dunkle Augen zu ihm herüberlochen. Gleich darauf wurde die Tür geöffnet und ein Wärter rief ihn heraus.

„Sie sollen untersucht werden. Kommen Sie mit.“

Ohne ein Wort zu sagen, folgte ihm Sohr. — Sie gingen den Korridor entlang, an vielen Türen vorbei, hinter deren jeder ein Mensch lag in Stumpfzimmern. Angst oder Verzweiflung, die Treppen hinab nach dem Erdgeschoss. Dort lagen der Wärter Sohr in einen Raum treten, der nahezu leer war. Nur links vom Eingang befand sich ein Bettervorhang, der auslief wie eine Pferdebox und an den Wänden standen einige Stühle. Das Zimmer war zum Fürchten kahl und kalt.

Sohr konnte sich nicht enthalten zu fragen. „Welcher Bestimmung dient denn dieser Vertrag?“

„In diesem Vertrag kommen die Gefangenen, wenn sie Gefangener erhalten.“

Da lachte Sohr schallend auf und der Wärter fuhr schockiert herum: „Sind Sie verrückt, Mensch! Was fällt Ihnen ein! Lachen Sie nicht.“ aber ebenso prompt antwortete ihm Sohr:

„Dann darf ein hoher Justus nicht zum Kochen herausfordern. Wer diesen Kosten nicht als Witz nimmt, wird ihn als Hobby auf die Menschheit, als Erniedrigung, als die raffinierteste Robheit empfinden müssen, die ausdenkbar ist, vorausgelegt, daß er noch nicht ganz abgebrüht ist und noch einen funken Selbstachtung besitzt. — Möchten Sie in diesem Käfig Ihre Frau empfangen, Herr Wachtmeister?“

Der Wärter ließ Sohr von oben bis unten an, dann fragte er: „Was sind Sie in Ihrem Vollberuf?“

„Knecht.“ antwortete Sohr und der Wärter schüttelte den Kopf.

„In diesem Augenblick ging die Tür zum Nebenzimmer auf und ein Gefangener trat heraus, gefolgt von einem Wärter. Deut wurde Sohr in dieses Zimmer geführt.

Es war das Unterzuchungszimmer des Unfallzuges und sehr modern eingerichtet, dabei war es leicht, hell und freund-

lich. Der Arzt war es auch. Beides wirkte wohltuend auf Sohr und er muhte augenblicklich an Professor Carsten und die Charité denken.

Der Arzt sah ihn über die Brillengläser hinweg an, wohl eine Minute lang, dann nickte er ihm zu.

„Das also ist der Langschläfer.“ sagte er und fuhr fragend fort: „Wissen Sie, daß Sie bald vierundzwanzig Stunden geschlafen haben?“

„Ja, Herr Doktor.“

„Das spricht entweder für ein gutes Gewissen oder für die Güte eines Schlaftmittels. War's Veronal?“

„Nein, Herr Doktor, es war schon das gute Gewissen, und dann war es eine ganz natürliche Vergiftung durch Milchsäure.“

Der Wärter horchte auf — Vergiftung? Was bedeutete das? Und der Arzt lächelte. Als er über des Wärters verblüfftes Gesicht sah, auf dem die Angst vor dem zu erwartenen Stachauer stand — zum Vergessen wurden die Gefangenen ja nicht einer Leidessimulation unterzogen — ward aus dem Lächeln ein Lachen. Und unter Lachen fragte er: „Woher wissen Sie denn, daß der Schlaf eine Vergiftung durch Milchsäure ist?“

Und treuherzig fragte Sohr zurück: „Seh ich denn so dumm aus, Herr Doktor?“

„Durchaus nicht.“ beruhigte ihn dieser zu versichern, „aber es dürfte nicht logar lehr gescheite Leute geben, die das wissen!“

„Auch die gescheiten Leute kümmern sich wenig um das Alltägliche, und fast niemand kümmert sich um sich selbst. Was ein Charleston ist, das wissen die Dummen und die Geischeten.“

„Sehr gut! — Aber nun zum Geschäft. Ich habe Sie zu untersuchen. Bitte wollen Sie den Oberkörper frei machen.“

Sohr tat es und der Arzt trat mit seinem Stethoskop an ihn heran.

„Was ist denn das?“ fragte er und zeigte auf Sohrs verbundenen Arm.

„Eine Brandwunde, Herr Doktor!“

„Ra zu, wie kommen Sie dazu?“

Sohr erzählte den Hergang. Währenddessen wickelte der Arzt die Binde ab.

„Schön sieht das nicht aus.“ sagte er, als er die handtellergroße Wunde sah. „Sie müssen doch empfindliche Schmerzen haben?“

„Die sind zu ertragen, Herr Doktor.“

„Die!“ wiederholte der Arzt — „und die anderen?“

„Auch.“ sagte Sohr und tauchte seinen Blick tief in den des Arztes.

Bis zur Beendigung der Untersuchung wurde nicht mehr

gesprochen, und während der Arzt den Befund in ein Buch notierte, klebte sich Sohr an. Der Wunde wegen ging es nur langsam. Dann wendete sich der Doktor dem Wärter zu: „Sohr ist jeden Tag um diese Zeit zu mir zu bringen. — Die Wunde ist nicht belanglos.“

„Sehr wohl, Herr Doktor.“

Damit war die Konsultation zu Ende. —

In einem grauhaarigen Einerlei gingen die Tage hin. Der Staatsanwalt schien ihn vergessen zu haben. Er fühlte sich lebendig begraben und verbrachte in dumpfem Hinbrüten seine Zeit. Über eines Morgens pochte doch das Drauhen an seine Tür. Ein kurzer Brief von Fräulein Kerst wurde ihm in die Zelle gereicht. Sie schrieb:

„Richt verzogen! Es ist immer noch nach einem Winter ein Frühling gekommen. — Man denkt Ihrer in Liebe und Achtung. Clausmann spricht den ganzen Tag von Ihnen und kann sich mit Niemand, der wieder hier ist, gar nicht beschreiben. Ich finde es übrigens sonderbar, daß man ihn wieder anstellt, heut umso mehr, als ich im Vorbeigehen, hörte: Familie Raden wolle Sie durch einen Besuch erfreuen.“

Diese kurzen Zeilen, die Sohrs Hand entglitten, flatterten zu Boden. Sie brachten ihm erst wirklich zum Bewußtsein, wo er sich befand, und was er war.

Durch einen Besuch erfreuen! — Nur das nicht! — Nur keinen Besuch. Lieber Buchhaus ein ganzes Leben lang auch nur eine einzige Sekunde Bretterverschlag im Bei-lein anderer!

Wie hatte er im Leben gelebt. Grausiges und mehr als das. Er hatte ja vier Jahre Krieg hinter sich. Er hatte eine Frau verloren, keinen Besitz und keine Heimat. Es gab nicht viel Schlimmes mehr, das ihn noch treffen konnte — aber das Bild von heute vormittag, das sich ihm bot, als er vom Arzte kam, war doch das Erstaunendste gewesen bisher.

Hinter der graugestrichenen kratzhaften Bretterwand des Besuchszimmers hatte ein Gefangener gestanden und dieses diele Wände eine Frau, die hatte ein Mädchen auf dem Arm getragen und einen größeren Knaben an der Hand gehalten. Das waren Vater, Mutter und Kind gewesen. Und der Knabe hatte mit einem Gesicht zu diesem — seinem — Vater aufgesehen, das Sohr kein Leidtag nicht vergessen würde. Angst und Erbarmen und Schmerz und Entäußerung und hundert andere Gefühle und Empfindungen hatten auf diesem Gesicht zu gestanden. Über die Wangen waren dem Kleinen die Tränen getropft. Sein Weinen war lautlos gewesen, nur um den Mund hatte es gequält im bitteren Weinen.

(Fortsetzung folgt)

Agrarnotprogramm im Ausschuss bewilligt

Die Richtlinien.

Die für die Landwirtschaftshilfe bestimmten Teile des Notprogramms wurden im Haushaltsausschuss des Reichstages angenommen. Die Verteilung der ausgeworfenen Mittel soll auf Grund von Richtlinien erfolgen, die mit Zustimmung des Reichsrats und eines 25gliedrigen Ausschusses des Reichstages festgelegt werden sollen.

Bewilligt wurden: 500 000 Mark zur Verbesserung des Zinsfußes für Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen. Acht Millionen zur Organisation des Absatzes von Schlachtwieh und Fleisch. Die Mittel sollen ebenfalls zur Organisation und Förderung des direkten Absatzes zwischen Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften zur Verfügung stehen. Dreißig Millionen als einmaliger Beitrag zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft. Eine Million zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes.

erner wurde die folgende Entschließung angenommen: "Die Reichsregierung zu ersuchen, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei mit Roggenhypotheken belasteten bauerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstellen anzuweisen, sofort die notwendigen Mittel aus dem der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Fonds zwecks Umwidmung der hochbelasteten bauerlichen Betriebe aufzufordern."

Bauernkundgebungen in Bayern.

Ministerpräsident Held für Sonderhilfe.

In verschiedenen Städten Bayerns fanden neue von den Bezirksbauernfamilien veranstaltete Kundgebungen der Bauern statt, in denen Entschließungen angenommen wurden, die auf die Notlage der Landwirtschaft hinweisen. Bei Nichtverwirklichung ihrer Forderungen wollen die Bauern alle Zusätze für ihren Betrieb unterlassen.

Der Bauerversammlung in München, die von 7000 Bauern besucht war, wohnten Ministerpräsident Dr. Held und Landwirtschaftsminister Dr. Febré bei. Der Ministerpräsident betonte in einer Ansprache, daß er das Notprogramm der Reichsregierung zugunsten der Landwirtschaft für unzureichend hält, und stellte in Aussicht, daß im Anschluß an die Verabschiedung dieses Notprogramms im Reichstag die bayerische Regierung eine Sonderaktion für die bayerische Landwirtschaft durchführen werde.

Die Borgänge in Langenöls.

Mahnung des Landbundes zur Ruhe.

Regierungspräsident Jäger aus Breslau verhandelte infolge der Vorfälle bei der Versteigerung in Langenöls mit den Vertretern der Landwirtschaft und des Landbundes im Kreis Rippitsch. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß sich die Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise der Bevölkerung bereit erklärt, auf die ihnen nahegelegenen Schäden einzutreten, um ähnliche Verfolkmisse zu verhindern. Die Vertreter der Landwirtschaft verpflichteten sich, dafür zu sorgen, daß weitere Versteigerungen in Langenöls ohne Störung verlaufen werden, so daß es nicht notwendig sein wird, Polizei hinzuzuziehen.

Der Landbund des Kreises Rippitsch hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: "Wir weisen nochmals darauf hin, daß unsere bekanntgemachte Aufrufordnung, sich von jeder ungeeigneten Handlung fernzuhalten, nachdrücklich aufrecht erhalten wird. Unbesonnenheiten gegen Vertreter staatlicher Autorität dürfen in unserem eigenen Interesse nicht vorkommen."

Der Landbund des Kreises Rippitsch gibt ferner bekannt, daß auf die bei der Regierung in Breslau gegen die Zwangsvorsteigerungen in Langenöls erhobenen Beschwerden der Regierungspräsident Gelegenheit genommen hat, an Ort und Stelle in eine Prüfung der Beschwerden einzutreten. Sosefern die Nachprüfung eine Rechtfertigung der vorgebrachten Beschwerden ergeben sollte, wird selbstverständlich dem Rechnung getragen werden.

Im übrigen wurde amtlich festgestellt, daß die Meldungen über Verlebungen bei den Borgängen in Langen-

öls nicht richtig waren. Die Schuppenpolizei hat zwar von Gummidüppeln Gebrauch machen müssen, aber Verlebungen gab es nicht gegeben. Es ist ferner unrichtig, daß Maschinengewehre aufgesetzt wurden.

Ein Tag der Feuersnot.

Ein junger Wald in Mecklenburg verbrannte.

Ein großer Wald und Torfstrand wütete im Gebiet der "Großen Wiese" bei Friedland in Mecklenburg. 2000 Morgen Schonungen sind bereits den Flammen zum Opfer gefallen. Außerdem wurden

große Stellen Hochwald

vom Feuer erfasst und mehrere auf der Wiese lagernde Heumieten sind niedergebrannt. Einwohner der umliegenden Güter und Dörfer, Technische Notfälle und Gewerbeleute versuchten das Feuer durch Aufräumen tiefer Gräben abzuriegeln und einzudämmen. Der Waldbrand konnte schnell lokalisiert werden. Der Torf brannte aber noch lange weiter.

In der Ortschaft Svaden bei Wefermünde geriet durch einen schwabben Schornstein das Haus eines Landwirts in Brand. Oststurm trieb das Feuer weiter, so daß bald neben Wohnhäusern mit allem Inventar eingeschlossen wurden.

Als ein Holzfäller in der Nähe von Neids ein kleines Feuer im Walde anmachte,

explodierte eine Granate, die vom Krieger her im Boden verborgen lag. Der Mann blieb unverletzt, aber es entstand ein Waldbrand, der 180 Hektar verwüstete.

Ein achtfacher Lebensretter.



Der 31jährige Polischainer Willi Mill in Berlin hat in den letzten Jahren nicht weniger als acht Menschen vom Tode des Ertrinkens gerettet. Mill wurde jetzt in Anerkennung seiner Verdienste mit der Rettungsmedaille ausgezeichnet.

Schwere Schiffsunfälle.

Schwierige Rettung des Dampfers "Diana".

Der Eisbrecher "Königin Waldemar" brachte den deutschen Dampfer "Diana" (515 Tonnen) im Nigar-Hafen ein, der einer Schiffssalzwane folgend im Eis des Nigar Meerbusens beheimatet war. Die Gischaften hatten die Schiffssonne eingedreht. Nachdem die Pumpen erfolglos gearbeitet hatten und das Wasser in einer halben Stunde zwei Meter erreicht hatte, muhte die Besatzung den Dampfer verlassen und auf dem Eis Zuflucht suchen. Nachdem der Eisbrecher das Schiff ins Augsbergia genommen hatte und ununterbrochen gepumpt wurde, gelang es, die "Diana" in Sicherheit zu bringen, trotzdem sie kaum über Wasser gehalten werden konnte.

Die schwedische Dampfschäre "Malmö", die von Kopenhagen nach Malmö unterwegs war, kollidierte unmittelbar vor dem Malmö-Hafen mit dem in Hamburg beheimateten Dampfer "Karl Rehder". Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Der deutsche Dampfer mußte in Malmö wegen Reparatur gedockt werden. Es ist beantragt worden, den deutschen Dampfer zu beschlagnahmen.

Wie aus Helsingör letzter meldet wird, ist das dänische Motorschiff "Mathilde" auf dem Wege von Kopenhagen nach Lemvig mit dem Motorschiff "Ödenholm" aus Stockholm zusammengetroffen. Die "Mathilde" fuhr in den

Hafen von Helsingör zurück, wo sie kurz darauf sank. Die Mannschaft konnte sich retten.

Einer Athener Meldung zufolge erlitt ein italienischer Dampfer, der 120 Touristen an Bord hatte und von Copen nach dem Piräus unterwegs war, einen Maschinenschaden, durch den das Schiff infolge des heftigen Sturmes gegen Hellenzüge geworfen zu werden drohte. Es gelang aber nach Überwindung großer Schwierigkeiten, die Maschinen wieder zu reparieren, so daß das Schiff den Hafen von Piräus erreichen konnte.

Robiles Nordpolflug.

Junkers-Flugzeuge in Afrika.

Das Kriegsschiff "Gitta di Milano" ist von Spezia aus zur Nordpolsexpedition, die unter dem Kommando des Generals Robles durchgeführt werden wird, in See gegangen. Das Schiff lief unter den Klängen der Königsarmee aus. Kriegsschiffe und Truppen erwiesen militärische Ehrenbezeugungen. Eine große Menschenmenge wohnte der Abfahrt bei.

Der englische Oberst Henderson hat sich entschlossen, für den von ihm eingerichteten Passagier- und Frachtlauf zwischen Johannesburg und Kapstadt dreimotorige Junkers-Motorflugzeuge zu verwenden. Nach einer Neuermessung habe Junkers aufschlendend Henderson das günstigste Angebot gemacht und sich bereit erklärt, sich mit 30 Prozent am dem Luftdienst zu beteiligen. Die wiederholten Verluste Hendersons, die die Unterstützung britischer Firmen zu suchen, seien erfolglos geblieben.

Schiedsspruch im Reichsbahnlohnkonflikt.

Berlin. Die Schlichterammer verlängerte unter dem Vorstoß des Unterstaatssekretärs a. D. v. Möllendorf in dem Lohnstreit der Reichsbahnangestellten folgenden Schiedsspruch: Für die Gruppe 3 werden die geltenden Grundlöne um 3 bis 5 Pfennige erhöht; die Löne der übrigen Gruppen erhalten eine Erhöhung in demselben Verhältnis. Der Anschlag für Überzeitarbeit beträgt 25 Prozent. Der neue Tarif ist nicht vor dem 31. März 1929 bindend.

Börse und Handel.

Amtliche sachliche Notierungen vom 21. März 1928.

Dresden. Auf Berliner Anregung hin zeigte die Dresdner Börse eine wesentlich fröhlichere Stimmung. Auf allen Marktgleichen waren Erholungen zu verzeichnen. Polyphon gewannen 12,25, Paolini 8,5, Dresdener Albumin-Genußscheine 8, Darmunder Ritter und Reichelsdorf je 6 Prozent, 5 Prozent höher lag Vereinigte Photo Aktien, Genußscheine 4 Prozent, Bank für Bauten 4,5, Gebrüder Höhmann 4 Prozent. Eine große Anzahl von Wertpapieren stiegen um 1 bis 3 Prozent. Abschwächungen erlitten Lingner-Werte (5,3 Prozent) und Walter u. Söhne (2,75 Prozent).

Leipzig. Auch hier herrsche lebhafte Geschäft und zufriedene Stimmung. Gewinne hatten nur kleinere Ausnahmen. Es gewannen Polyphon 11,75, Sicht 3, Deutsche Bank und Darmstädter Bank je 2 Prozent, auf niedrigerem Preis wurden Gläubiger, Leipziger Handels- und Berghofbank und Roscher Zucker genannt (je 2 Prozent).

* Leipziger Produktionsbörsen. Weizen, inländ. 74,5 Rilo 27,75—28,45; Rötel, biekg., 20 Rilo 265—273, Sonderroten, 71 Rilo 269—277, Sommergerste, inländ. 260—300, Wintergerste 245—265, Hafer 244—252, Mais, amerik. 248—252, Mais, Ein- und Ausland 256—260, Raps 310—335, Erbsen 340—440.

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. März.

* Deutschen Produktionsbörsen. Dollar 4,177—4,185, engl. Pfund 20,39—20,45; doll. Gulden 168,21—168,55; Danzig 81,53 bis 81,59; Iran. Tarij 16,44—16,48; Schweiz 80,46 bis 80,62; Belg. 58,20—58,32; Italien 22,07—22,11; schwed. Krone 112,12—112,34; bñn. 112,01—112,23; norweg. 111,51—111,73; tschech. 12,38—12,40; österl. Schilling 55,77—58,89; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,90—47,10; Argentinien 1,788—1,792; Spanien 70,30—70,44.

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. März.

* Deutschen Produktionsbörsen. Trocken die direkten Forderungen des Auslandes für Brotauftrieb durchweg höher lagen, was dies auf die Entwicklung des Brotbedarfs im Berliner Produktionsgebiet nicht von grohem Einfluß. Die Situation im Weizenbruchsfeld, die ja tatsächlich mit von Ausfallen für die Umsatzfähigkeit an der Börse ist, hat sich keinesfalls gebessert, so daß auch die ersten Kurze gegenüber achtzig Schilling kaum verändert waren. Für Rogen ist die Lage gegenüber dem noch verhältnismäßig festen Brotzeitabreiche anders geworden. Lediglich im effektiven Handel und für März bewirkt dringende Frage eine Steigerung um etwas eine Wart; Rogen kann nur leicht anziehen, Mai sogar unverändert. Es scheint sich hierin auf Grund der leichtigen Stützungen einiges Material zu zeigen. Buttergetreide durchweg ist.

Sohnscrib:

Berechter Herr Raden! Herrn Untersuchungsrichter Dr. von Baumann gegenüber entbinde ich Sie von dem uns gegenseitig gegebenen Versprechen. Sie dürfen Herrn Doktor unterrichten über die Maßnahmen, die zur Auflösung des Diensthalts unternommen wurden. — Ihr erhabener Sohrt.

Also sind da schon Kräfte am Werk, die Sache in Ordnung zu bringen. Das ist ja erfreulich. — Wer arbeitet denn für Sie?

Das weiß ich selbst nicht. Ich bin mit Herrn Raden dahin übergekommen, meinen früheren Platz auf Hinterhofschule durch einen Kriminalisten zu belegen und gleichzeitig den Hauptbelastungszugang zu sich wieder einzustellen.

Sehr geschickt! Wirklich sehr gut aufgezogen haben Sie das. Würd' Sie aber einen hübschen Pfennig Geld kosten?

„Ich lege meine ganzen Ersparnisse davon.“

„Und wer ist Ihr Anwalt?“

„Den kann ich mir schenken. Ich brauche keinen, Herr Doktor.“

„Sie müssen aber einen haben. Das ist Bestimmung Ihre Angelegenheit wird Schwurgerichtssache. Auf vorläufige Brandstiftung steht Zuchthaus. Wenn Sie sich selbst keinen Verteidiger stellen, bekommen Sie einen zugewiesen. Ich möchte Ihnen deshalb in Ihrem Interesse nahelegen, sich noch einem tüchtigen Herrn umzusehen. Das ist meines Erachtens durchaus nötig. — Wenn der Diensthalts nicht aufgelöst werden kann, dann kommt es zweifellos zur Verhandlung und wie die Geschworenen entscheiden — wer kann das wissen! Ein Schwurgerichtsurteil ist endgültig, da gibt es keine Berufung, sondern nur Revision. Und ob eine Revision möglich ist, kann ein Sohrt nicht beurteilen. Sie kommen also doch wohl besser auf einen Anwalt zu.“

„Sohn dankte durch eine tiefste Verneigung und der Untersuchungsrichter schloß die Vernehmung.

Zum Schwurgerichtssaal in Wroclaw stand die Verhandlung an gegen Friedrich Karl Sohn wegen Brandstiftung.

Dieser Schwurgerichtssaal war ein großer, hoher, heller Raum. An der Stirnseite des Raumes befand sich ein Podest, das von einer Wand zur anderen reichte. Auf diesem Podest standen eine lange, mit grünem Tuch verkleidete Tafel, daneben rechts und links zwei Tische, dahinter Stühle, und zwar vier an der Zahl. Die Stühle bildete ein hochlehner Gitter.

(Fortschreibung folgt.)

Sohn der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(43. Fortsetzung.)

Und bei diesem Besuch hatte das unerbittliche Geschick ein Bild des Vaters in die Seele seines Kindes gezeichnet, das in alle Ewigkeit nicht wegzuhören war. Frau Dostillo, die streng, die diesen Besuch gestattet hatte, hatte aus Menschlichkeit ein Verbrechen an diesem Knaben begangen, wie es der Vater folglich schwerer nicht begangen haben konnte.

Und als Sohn an den Bieren vorübergegangen war, hatte der Mann, der hinter der Wand stand, in Zertitlichkeit sein Gesicht abgewendet und die Frau aus Scham den Blick gesenkt. Da hatte Sohn dem Manne zugesehen: „Du solltest deine Schamlosigkeit erkennen und wenn du dein Herz zertreten müßtest“ und der Frau: „Sie mehr sollten Sie in dieses Haus kommen nie mehr, wenn Sie Ihre Kinder lieb haben.“

Und der Mann hinter der Wand hatte geantwortet: „Halt recht, Kamerad. Geh heim. Ida, geh und — lass — mich — allein.“ Und die Augen waren ihm feucht geworden und mit seinen zerarbeiteten Händen hatte er dem kleinen Ding, das die Mutter auf dem Arm trug, lieblos über das blonde Haar strichnen. —

„Kein, keinen Besuch! Hier nicht! Niemals, und wenn Herzen in Schmerzen zerbrechen mühten. Die hier sind, lieben jenseits jeder Gemeinschaft.“

Und Sohn schrieb an Fraulein Kert:

„Vielen Dank für Ihr freundliches Gedanken — aber um Gottes willen keine Belüge! — Sagen Sie bitte Frau Raden, ich würde mich weigern Sie zu sehen. Ich könnte mich nicht leicht entziehen und wollte nicht in einem Raum leben, in dem das Mittelalter wieder lebendig geworden sei. Ich könnte einen Besuch nicht als Ehrengeschenk betrachten, sondern müßte ihn als Demütigung antsehen. — Ich will und muß bis zur Entscheidung tot sein für alles, was außerhalb dieser Rauern gekämpft. Und für alle. Fraulein Kert! Das werden Sie verstehen, die Sie mich kennen. — Grüßen Sie Clausmann von mir und den alten Hannsörg. Den — alten — Hannsörg! Heraus!“

Durch Sohn